

Bericht an den Finanzausschuss des
Parlaments gem. NBG § 32 (5)

Univ.-Prof. Mag. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur
Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber, Vize-Gouverneur
Oesterreichische Nationalbank

22. Juni 2021

I. Wirtschaftliche Entwicklung, Prognosen und Geldpolitik¹

Weltwirtschaft: Weltweiter Aufschwung prognostiziert

- Die COVID-19-Pandemie hat weltweit 3,7 Millionen Tote gefordert und eine der schwersten Wirtschaftskrisen der jüngeren Geschichte ausgelöst. Nachdem das globale BIP 2020 um 3,3% gesunken ist, wird laut aktueller OECD-Prognose im Jahr 2021 ein Wachstum von 5,8% erwartet. Die Erholung ist jedoch regional und sektoral äußerst heterogen. So sind die wirtschaftlichen Schäden in Europa größer als in China oder den USA und der Dienstleistungssektor ist im Allgemeinen stärker betroffen als der Gütersektor.
- Der wirtschaftliche Einbruch im Jahr 2020 ist zu einem großen Teil den Lockdowns und dem damit einhergehenden Einbruch des privaten Konsums geschuldet. Aufgrund großer staatlicher Ausgabenprogramme und angepasster Geldpolitik der Zentralbanken konnte jedoch ein Teil der Rezession abgefangen werden.
- Der sich in den Prognosen allgemein abzeichnende wirtschaftliche Aufschwung ist getrieben von geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen, starken Zunahmen im privaten Konsum und den mittlerweile ins Tempo gekommenen Impfkampagnen der Nationalstaaten. Die weiteren Wachstumsaussichten hängen von Dauer und Umfang der staatlichen Hilfsprogramme, der Reduktion der seit Ausbruch der Pandemie stark gestiegenen Ersparnis des privaten Sektors und dem weiteren Verlauf der Impfstoffkampagnen ab.
- Nach dem sehr starken Einbruch des BIP in den USA im zweiten Quartal 2020 (-8% im Vergleich zum Vorquartal²) war die Wirtschaft im dritten und vierten Quartal wieder gewachsen. Dadurch reduzierte sich der Wirtschaftseinbruch auf ein Minus von 3,5% über das Gesamtjahr. Im ersten Quartal 2021 betrug das Wachstum nun 1,6%. Ein großer Treiber dieses Wachstums ist das fast zwei Billionen Dollar schwere Wirtschaftspaket von Präsident Biden und die damit stark gestiegene Nachfrage. Zuletzt ist allerdings auch die Preisentwicklung spürbar angezogen (die CPI-Inflation betrug im Mai 2021 4,9%). Dies ist teilweise auf Produktionsengpässe und teilweise auf statistische Sonderfaktoren aufgrund der COVID-19-Pandemie zurückzuführen. Die FED hat bekannt gegeben, kurzfristig höhere Inflation in Aufschwungszeiten zu tolerieren. Ob die FED mit kontraktiven Maßnahmen reagiert ist fraglich, insbesondere dann, wenn noch keine Überhitzung am Arbeitsmarkt stattfindet. Für das Jahr 2021 wird mit einem Wirtschaftswachstum von 6,9% gerechnet.
- China konnte aufgrund der schnellen und ausgesprochen rigorosen Pandemiebekämpfung eine Rezession verhindern. Über das gesamte Jahr 2020 wuchs die chinesische Wirtschaft real um 2,3% und China war somit das einzige G20-Land, dessen reales BIP im vergangenen Jahr wuchs. Für 2021 wird allgemein ein recht starker Aufschwung erwartet. Die OECD beispielsweise geht von einem Wachstum von 8,9% aus. Im ersten Quartal 2021 lag das Wachstum bei 0,6% (qoq) bzw. 18,4% (yoy), wengleich dieser Wert aufgrund des Einbruchs in Q1/20 wenig aussagekräftig ist.
- In Japan sank das BIP 2020 um 4,7% obwohl die COVID-Fallzahlen relativ gering gehalten werden konnten. Für 2021 prognostiziert die OECD ein Wachstum von 2,6%.
- In Großbritannien fiel das negative Wirtschaftswachstum 2020 besonders stark aus (-9,9%), einerseits bedingt durch COVID, andererseits durch die während dieser Zeit immer noch

¹ Redaktionsschluss für den gesamten Bericht: 15. Juni 2021.

² Sämtliche hier angeführte Quartalswerte in Prozent drücken die Veränderung gegenüber dem BIP-Niveau zum jeweiligen Vorquartal aus.

währenden Unsicherheiten des EU-Austritts. Auch im ersten Quartal 2021 war das Wachstum weiterhin negativ mit -1,5%, wobei der Einbruch überraschend gering ausfiel. Für das gesamte Jahr rechnet die OECD jedoch mit starken catching-up-Effekten und somit einem Wachstum von 7,2%.

- Der Welthandel ist 2020 deutlich stärker gesunken (-7,6%) als das Welt-BIP (-3,3%). Dies liegt vor allem an Grenzschießungen und Exportverboten, aber auch an Handelskonflikten. Der Rückgang des Welthandels ist – verglichen mit 2009 (-23%) – allerdings überschaubar.
- Die Unsicherheit der Prognosen hat sich 2021 im Vergleich zu 2020 reduziert, da aufgrund der erfolgreichen Impfkampagnen in den westlichen Industriestaaten mittlerweile die Wahrscheinlichkeit für einen entspannteren Pandemieverlauf im Herbst gestiegen ist. Dennoch gibt es weiter Unsicherheiten in Bezug auf die Entwicklung der Sparquoten sowie die weitere Entwicklung von Produktionsflaschenhälsen. Darüber hinaus ist der weitere Wachstumsverlauf noch immer stark abhängig von geld- und fiskalpolitischen Unterstützungsprogrammen.

Euroraum: Erholung kündigt sich an

- Nachdem das BIP 2020 im Euroraum im ersten und zweiten Quartal um 3,8% bzw. 11,5% sank, zeichnete sich über den Sommer eine Erholung ab (Q3: +12,6%). Als im Herbst die Dynamik der Pandemie wieder zunahm und zahlreiche Maßnahmen wieder im Vierten Quartal 2020 in Kraft traten, verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum und wurde sogar wieder leicht negativ (-0,6%). Der deutlich schwächere Rückgang im vierten Quartal, trotz höherer Fallzahlen als im zweiten Quartal, ist vor allem den bereits etablierten staatlichen Programmen zuzuschreiben. Insgesamt schrumpfte das Euroraum-BIP im Jahr 2020 um 6,6%, das BIP der EU um 6,1%, wobei ausnahmslos alle EU-Staaten ein negatives Wachstum vorwiesen.
- Da noch fast alle Nationalstaaten restriktive Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ergriffen hatten, kam es – auch vor dem Hintergrund eines schleppenden Starts der Impfkampagne – im Euroraum im ersten Quartal 2021 zu einem leicht negativen Wachstum (-0,3%).
- Derzeit findet eine (wenn auch über die Länder heterogene) Lockerung und Erholung in allen Bereichen statt. Das sich deutlich abschwächende Infektionsgeschehen ist neben den Impfkampagnen jedoch auch der Jahreszeit zuzuschreiben; somit ist die Situation für den kommenden Herbst noch nicht vollständig entschärft.
- Laut aktueller OECD-Prognose soll die Wirtschaft im Euroraum im Jahr 2021 jedoch wieder um 4,3% wachsen und 2022 um 4,4%. Das BIP-Niveau von 2019 wird frühestens 2022 wieder erreicht.
- Die Inflation ist im Jahr 2020 stark gesunken. Zwischen August und Dezember wies der Euroraum sogar Preisrückgänge (monatlich im Durchschnitt um ca. -0,3%) aufgrund deutlich gesunkener Energiepreise auf. Seit Jänner 2021 steigt die Inflation wieder an. Im Mai 2021 erreichte sie erstmals 2,0% und somit einen Höchstwert seit Oktober 2018. Dieser Anstieg ist, wie der Preisrückgang im zweiten Halbjahr 2020, stark von Energiepreisen getrieben. Während die Kerninflation im August 2020 mit 0,6% und im Mai 2021 mit 0,9% recht konstant blieb, stieg die Inflation im Energiesektor von -7,8% im August 2020 auf +13,1% im Mai 2021.

Merkliche Konjunkturerholung in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE); Wachstum auch mittelfristig stärker als im Euroraum

- Die Wirtschaftsleistung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten hat sich nach dem historischen Einbruch im zweiten Quartal 2020 merklich erholt. Mit Wachstumsraten von 1,1% im vierten Quartal 2020 bzw. 1,4% im ersten Quartal 2021 (jeweils im Vergleich zum Vorquartal) war die Wirtschaftsentwicklung auch dynamischer als im Euroraum. Die CESEE Region profitierte dabei vor allem von der robusten Exportnachfrage, welche die heimische Industrieproduktion befeuerte. Die Binnenkonjunktur entwickelte sich im Vergleich dazu eher verhalten. Zuletzt mehrten sich allerdings auch die Anzeichen für ein bevorstehendes Anspringen des privaten Konsums: Diverse Vertrauensindikatoren sowie die Neuwagenzulassungen entwickelten sich im April deutlich positiv.
- Nach einem Rückgang von durchschnittlich 3,9% im Jahr 2020, gehen aktuelle Prognosen von einem robusten Wachstum der Wirtschaftsleistung im heurigen Jahr aus. So erwartet etwa die Prognose der Oesterreichischen Nationalbank für ausgewählte Länder der Region³ von Anfang April 2021 ein durchschnittliches Wachstum von 4% im Jahr 2021. Nach Aufhebung der Lockdown-Maßnahmen wird sich – neben der weiter anziehenden Auslandsnachfrage – ab Mitte des Jahres zunächst der private Konsum erholen. Die Investitionen werden nachziehen und 2022 gestützt durch EU-Mittel weiter steigen. Vor diesem Hintergrund wird sich das Wachstum im Jahr 2022 weiter beschleunigen (auf durchschnittlich 4,8%), bevor es 2023 in etwa wieder auf das Niveau des heurigen Jahres zurückkehren wird (3,9% im regionalen Durchschnitt).
- In den CESEE-Ländern fiel der Wachstumseinbruch 2020 weniger stark aus als im Euroraum, sodass sich im Laufe der Rezession des vergangenen Jahres ein merklicher Wachstumsvorsprung für die Region ergab (+3 Prozentpunkte). Während für 2021 keine positive Wachstumsmarge zu erwarten ist, wird das Wachstumsdifferenzial zum Euroraum 2022 erneut positiv ausfallen (+0,7 Prozentpunkte) und sich 2023 weiter erhöhen (+1,8 Prozentpunkte). Mittelfristige gehen aktuelle Prognosen von einem Wachstumsdifferenzial von rund 1,5 Prozentpunkten aus.

Österreich: Impffortschritte unterstützen wirtschaftliche Erholung

- Seit dem Höhepunkt der dritten Infektionswelle (Ende März) sind die Neuinfektionen und damit auch die Belegung der Intensivstationen mit COVID-19-Erkrankten in fast allen europäischen Ländern deutlich zurückgegangen. Die Durchimpfungsraten weisen eine stark steigende Tendenz auf. Die mit dem Impffortschritt einhergehende Rücknahme der Eindämmungsmaßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19 führt zur Jahresmitte 2021 zu einem starken Aufschwung der österreichischen Wirtschaft.
- Nach einem Rückgang des realen BIP um 6,7 % im Vorjahr erwartet die OeNB für die Jahre 2021 und 2022 ein Wachstum von 3,9 % bzw. 4,2 %. 2023 wird der Aufholprozess abgeschlossen sein und sich das Wirtschaftswachstum mit einem Wert von 1,9 % in Richtung des langfristigen Durchschnitts bewegen.
- Nach dem massiven Einbruch um 9,4 % im vergangenen Jahr wird der private Konsum 2021 mit 4 % und 2022 mit 5,8 % stark wachsen. Das Vorkrisenniveau der Konsumausgaben wird im ersten Halbjahr 2022 erreicht werden. Die Sparquote wird von ihrem Höchstwert von 14,4 % im Jahr 2020 auf unter 8 % im Jahr 2023 zurückgehen. Hierbei ist nur ein geringer Abbau der Überschuss-Ersparnisse unterstellt. Ein stärkerer Abbau stellt ein Aufwärtsrisiko für die Konsumprognose dar.

³ CESEE-6: Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn.

- Während die geleisteten Arbeitsstunden der unselbstständig Beschäftigten 2020 um 9,4 % einbrachen, konnten die Kurzarbeitsregelungen einen stärkeren Rückgang der Beschäftigung (– 2 %) verhindern und den Anstieg der Arbeitslosenquote laut Eurostat auf 5,3 % (+ 0,8 Prozentpunkte) begrenzen. Die Arbeitslosenquote wird von 5,2 % im Jahr 2021 auf 4,6 % im Jahr 2023 sinken und damit nur noch knapp über dem Vorkrisenniveau liegen.
- Die HVPI-Inflationsrate wird sich – getrieben von vorübergehenden Faktoren wie dem Anstieg der Rohölpreise – 2021 auf 2,0 % beschleunigen und 2022 sowie 2023 auf jeweils 1,8 % zurückgehen. Im Mai 2021 betrug die HVPI-Inflationsrate laut Schnellschätzung von Statistik Austria 3,0% (April: 1,9%). Gemäß Statistik Austria ist die markante Beschleunigung der Inflationsrate von April auf Mai 2021 vor allem auf den Anstieg der Rohölpreise zurückzuführen (Detaildaten werden am 17. Juni 2021 publiziert). Die OeNB geht davon aus, dass die Ursachen für den Teuerungsanstieg größtenteils temporärer Natur sind. Dadurch ergibt sich ein beschränktes Aufwärtsrisiko im Hinblick auf die Inflationsprognose für das Jahr 2021..
- 2021 verbessert sich der Budgetsaldo auf –6,9 % des BIP (nach –8,9 % im Jahr 2020), da sowohl das Ausmaß der diskretionären Maßnahmen als auch der Effekt der automatischen Stabilisatoren im Vergleich zu 2020 etwas zurückgehen. In den Folgejahren tragen das Auslaufen vieler diskretionärer Maßnahmen (insbesondere Kurzarbeit, Fixkostenzuschuss und Umsatzerersatz) und die konjunkturelle Erholung zu einer starken Verbesserung des Budgetsaldos auf etwa –2 % des BIP im Jahr 2023 bei..

Geldpolitische Entscheidungen des Eurosystems

- Nach der Rezession Ende 2020/Beginn 2021 fährt die Wirtschaft des Euroraums allmählich wieder hoch, da sich die Pandemielage verbessert und bei den Impfkampagnen erhebliche Fortschritte erzielt werden konnten. Branchen- und Verbraucherumfragen sowie hochfrequente Indikatoren deuten darauf hin, dass die Wirtschaftstätigkeit im zweiten Quartal 2021 erheblich zunehmen wird. Mit Blick auf die Fortschritte bei den Impfungen und die damit einhergehende Lockerung von Eindämmungsmaßnahmen erwartet der EZB-Rat auch für die zweite Jahreshälfte 2021 eine Fortsetzung des starken Wachstums.
- Diese Einschätzung deckt sich weitgehend mit dem Basisszenario der von Expertinnen und Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom Juni 2021. Diesen Projektionen zufolge wird die Jahreswachstumsrate des realen BIP im laufenden Jahr bei 4,6%, 2022 bei 4,7% und 2023 bei 2,1% liegen. Verglichen mit den Projektionen vom März 2021 wurden die Konjunkturaussichten für die Jahre 2021 und 2022 nach oben korrigiert, für 2023 bleiben sie hingegen unverändert. Auf mittlere Sicht dürfte die konjunkturelle Erholung im Euroraum von der stärkeren weltweiten und binnenwirtschaftlichen Nachfrage sowie der anhaltenden finanz- und geldpolitischen Unterstützung vorangetrieben werden.
- Zugleich bestehen weiterhin Unsicherheiten, da die kurzfristigen Wirtschaftsaussichten nach wie vor von der weiteren Entwicklung der Pandemie sowie davon abhängen, wie die Wirtschaft nach dem Wiederhochfahren reagiert. Aus diesem Grund hat sich der EZB-Rat in seiner Sitzung am 10. Juni 2021 für eine Politik der „ruhigen Hand“ entschieden. Sämtliche akkommodierenden geldpolitischen Beschlüsse, die seit Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 getroffen wurden, blieben aufrecht.
- Ein wichtiges Argument für diese Politikentscheidung liegt in der jüngsten Inflationsprognose der von Expertinnen und Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet. Diesen Projektionen zufolge wird die jährliche

Teuerung 2021 bei 1,9%, 2022 bei 1,5% und 2023 bei 1,4% liegen. Gegenüber der Prognose vom März 2021 wurden die Inflationsaussichten für die Jahre 2021 und 2022 nach oben korrigiert, was hauptsächlich auf temporäre Faktoren und einen höheren Preisauftrieb bei Energie zurückzuführen ist. Für 2023 blieben die Inflationsaussichten unverändert und liegen damit unverändert unter dem Preisstabilitätsziel, das einen Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Jahresabstand nahe, aber unter 2% vorsieht.

- Der EZB-Rat kam in seiner Juni-Sitzung zu dem Schluss, dass es nach wie vor unerlässlich ist, günstiger Finanzierungsbedingungen aufrechtzuerhalten, um (i) Unsicherheit zu verringern, (ii) Vertrauen zu stärken, (iii) auf diese Weise die Wirtschaft zu unterstützen und (iv) mittelfristig Preisstabilität zu gewährleisten.
- Folglich werden die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP), das einen Gesamtumfang von 1.850 Mrd EUR hat, mindestens bis Ende März 2022 und in jedem Fall so lange weiterhin durchgeführt, bis die Phase der Corona-Krise nach Einschätzung des EZB-Rats überstanden ist. Auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten geht der EZB-Rat davon aus, dass die Nettoankäufe im Rahmen des PEPP nicht nur während des zweiten Quartals, sondern auch während des dritten Quartals 2021 deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des heurigen Jahres.

Konsultation zum „Report on a Digital Euro“

- Das Eurosystem hat eine mehrmonatige öffentliche Konsultation zu dem im Herbst 2020 veröffentlichten „Report on a Digital Euro“ abgehalten, um die Sichtweise der Bevölkerung auf ein solches Instrument zu erfragen. Die Ergebnisse wurden im April 2021 veröffentlicht. Mit über 8000 Antworten, unter anderem auch aus Österreich, war die Beteiligung erfreulich hoch. Der Grundtenor der nicht repräsentativen Antworten war positiv und einem möglichen Digitalen Euro gegenüber aufgeschlossen. Sicherheit und Datenschutz wurden häufig als gewünschte Merkmale genannt.
- Ein Digitaler Euro wäre als Ergänzung von Bargeld und Bankguthaben gedacht. Aus Sicht des Eurosystems war eine solche Form von Zentralbankgeld für die Öffentlichkeit bislang nicht notwendig. Um aber auf mögliche künftige digitale Herausforderungen vorbereitet zu sein, könnte Mitte des Jahres der Beschluss über den Start eines Untersuchungsprojekts zum Thema Digitaler Euro im Eurosystem gefällt werden. Ein allfälliger Einführungsbeschluss wäre erst in einigen Jahren in Abstimmung mit Öffentlichkeit und politischen Verantwortungsträgern möglich.

Internationaler Währungsfonds (IWF) – Frühjahrestagung April 2021

- Die Frühjahrestagung des IWF fand vom 08.-14. April 2021 im virtuellen Format statt.
- Im Zentrum der Frühjahrestagung stand das Meeting des IMFC (*International Monetary and Financial Committee*)⁴ unter dem Vorsitz des neuen IMFC Chair Magdalena Andersson (Finanzministerin von Schweden). Im IMFC Communiqué vom 8. April 2021 wurde eine erneute SZR-Allokation in Höhe von insgesamt 650 Mrd USD von den IWF Mitgliedstaaten begrüßt. Österreich – und somit die OeNB - wird sich, im Einklang mit dem Konsens der internationalen Staatengemeinschaft und der koordinierten Willensbildung innerhalb der EU-

⁴ Das IMFC hat 24 Mitglieder und setzt sich aus den Gouverneuren bzw. Finanzministern jener Länder zusammen, die einen Executive Director (ED) im Executive Board des IWF stellen. Die Aufgaben des IMFC bestehen u.a. in der Überwachung des internationalen Währungs- und Finanzsystems und der Formulierung der Reaktion auf plötzliche systembedrohende Störungen.

Mitgliedstaaten, an der geplanten SZR-Allokation beteiligen. Die Umsetzung der SZR Allokation ist für Ende August 2021 geplant.

Verdoppelung der „New Arrangements to Borrow“ (NAB) des IWF

- Mit 1. Jänner 2021 trat die 2020 beschlossene Verdopplung des Volumens der Neuen Kreditvereinbarungen (New Arrangements to Borrow – NAB) sowie eine neue NAB-Periode für den Zeitraum vom 1. Jänner 2021 bis 31. Dezember 2025 in Kraft. Die Gesamthöhe der seitens der 38 NAB-Teilnehmerländer zugesagten Kreditbeträge beträgt nunmehr rund 361 Mrd SZR.
- Österreich nimmt an dieser NAB-Reform teil, und die OeNB wurde mit Bundesgesetz (BGBl. Nr. 137/2020 vom 22. Dezember 2020) ermächtigt, im Namen der Republik Österreich dem IWF im Rahmen der NAB einen Kreditrahmen von max. 3,63698 Mrd SZR einzuräumen.

Artikel IV Konsultationen

- Die Artikel IV Konsultationen des IWF mit Österreich wurden vom 26. Mai bis 15. Juni 2021 zum Schwerpunkt „*Sustainable Recovery and Policies to Mitigate Economic Scarring*“ im virtuellen Format durchgeführt.
- Am 15.06. fanden die Schlussbesprechung und die Pressekonferenz statt. In seinen Empfehlungen fokussierte der IWF heuer auf verstärkten Anstrengungen im Bereich der Digitalisierung der Wirtschaft und der Einführung einer CO₂-Steuer in Österreich.

II. Banken und Finanzmärkte

Österreichische Banken erwiesen sich auch in der COVID-19-Pandemie als krisensicher

- Der österreichische Bankensektor hat die Realwirtschaft trotz des herausfordernden Umfelds im Jahr 2020 verlässlich begleitet und erfüllte seine Kernfunktionen. Die in den letzten Jahren aufgebauten makroprudenziellen Kapitalpuffer sowie die aufsichtliche Empfehlung zur Gewinneinbehaltung führten zu einer höheren regulatorischen Kapitalquote der Banken, die eine unterstützende Funktion des Bankensektors auch in der Aufschwungphase ermöglicht.
- Das CET1-Kapital der österreichischen Banken stieg im Jahr 2020 um 1,7 Mrd EUR (bei 3,7 Mrd EUR Gewinn). Die konsolidierte harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) des Bankensektors stieg Ende 2020 auf 16,1 %, wozu auch (temporäre) aufsichtliche Erleichterungen, die angesichts der COVID-19-Pandemie getroffen wurden, beigetragen haben.
- Im Vergleich mit der vor der Finanzkrise von 2008 verzeichneten Kapitalausstattung konnte der Sektor seine Eigenkapitalquote im Einklang mit den höheren aufsichtlichen Anforderungen somit mehr als verdoppeln.
- Die Banken sind angesichts weiter steigender Kreditrisiken und zur Absicherung des Eigenkapitalniveaus weiterhin dazu aufgerufen, entsprechend den nationalen und internationalen Empfehlungen und Vorschriften von Aktienrückkäufen Abstand zu nehmen bzw. diese zu verschieben und bei Entscheidungen über die Ausschüttung von Dividenden, Gewinnen und Boni besondere Sorgfalt walten zu lassen.

Steigende Risikokosten führten zu einem Gewinnrückgang der österreichischen Banken im Jahr 2020

- Die österreichischen Banken bildeten im Jahr 2020 bereits früh Wertberichtigungen für Kreditrisiken aufgrund der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie. Allerdings hat diese vorausschauende Geschäftspolitik auch den Gewinn des österreichischen Bankensektors im vergangenen Jahr signifikant geschmälert.
- Während das konsolidierte Betriebsergebnis stabil blieb, stiegen die Risikovorsorgen drastisch an. Somit verzeichneten die österreichischen Banken ein Periodenergebnis (nach Steuern) von lediglich 3,7 Mrd EUR im Jahr 2020; ein Rückgang um fast die Hälfte im Jahresvergleich.
- Einmal mehr leisteten die österreichischen Tochterbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) einen wesentlichen – wenn auch im Vorjahresvergleich geringeren – Beitrag zur konsolidierten Profitabilität. Ihr aggregiertes Periodenergebnis (nach Steuern) belief sich 2020 auf 1,9 Mrd EUR und lag damit etwa ein Drittel unter dem Vorjahresergebnis. Ursächlich hierfür war ebenfalls ein kräftiger Anstieg der Risikokosten im Zusammenhang mit der Pandemie.

COVID-19-Maßnahmen halten notleidende Kredite auf niedrigem Niveau, aber Vorschauindikatoren deuten Verschlechterung an

- Die zur Bekämpfung der Pandemiefolgen ergriffenen Unterstützungsmaßnahmen (einschließlich Kreditmoratorien) trugen wesentlich dazu bei, dass es 2020 zu keinen großen Kreditausfällen kam, wodurch die konsolidierte NPL-Quote auf einem niedrigen Niveau von 2 % blieb. Zahlungsmoratorien und staatliche Garantien erwiesen sich als wertvolle

Unterstützung für Kreditnehmer, verzerren derzeit allerdings auch die Aussagekraft der wichtigsten Risikoindikatoren.

- Angesichts der steigenden Kreditrisiken und erhöhten Unsicherheit müssen die Banken sich frühzeitig auf das Auslaufen der Unterstützungsmaßnahmen vorbereiten und weiterhin auf angemessene Risikovorsorgen und eine adäquate Kapitalisierung achten.

Der integrierte makroprudenzielle Ansatz trägt zur Finanzmarktstabilität in Österreich bei

- Die OeNB verfolgt in ihren Analysen und Empfehlungen zur Finanzmarktstabilität einen makroprudenziellen Ansatz, der die Festlegung von makroprudenziellen Kapitalpuffern, die Abwicklung(splanung) sowie die systemische Analyse des Einlagensicherungssystems integriert betrachtet. Im europäischen Vergleich nimmt Österreich mit diesem integrierten Ansatz und dem Austausch zwischen makroprudenzieller Aufsicht und Abwicklungsbehörden eine Vorreiterrolle ein.
- Neben dem Kapitalerhaltungspuffer von 2,5% für alle Banken werden in Österreich seit Anfang 2016 auch strukturelle Puffer verhängt: der Systemrisikopuffer (SyRP) und der O-SII-Puffer („Other Systemically Important Institutions“, der Puffer für systemrelevante Institute). Auch dank dieser makroprudenziellen Puffer konnten die österreichischen Kreditinstitute daher mit 19 Mrd EUR mehr an Kapital in die COVID-19-Pandemie starten. Kapitalpuffer fungieren dabei als automatische Stabilisatoren - sie verhindern proportional zur Höhe der Unterschreitung, dass Kapital bspw. in Form von Dividenden ausgeschüttet wird, wenn eine Bank eine schlechte Kapitalsituation im Vergleich zu ihren eingegangenen Risiken aufweist. Sie können daher Verluste abfangen und in der Phase der Unsicherheit zur Kreditvergabe genutzt werden, ohne weitere schwerwiegendere aufsichtliche Konsequenzen zu befürchten.
- Die OeNB evaluiert jährlich die Bedeutung einzelner Kreditinstitute für das Finanzsystem in Österreich und untersucht, ob eine Fehlfunktion oder der Ausfall einzelner Kreditinstitute zu systemischen Risiken führen kann. Alle zwei Jahre werden die strukturellen Risiken und deren Bedeutung für die österreichischen Banken evaluiert. Dementsprechend fand im zweiten Quartal 2020 die letzte umfassende Evaluierung von SyRP und OSII Puffer statt. Durch die nunmehr per 29. Mai 2021 erfolgte Umsetzung der neuen EU-Eigenkapitalrichtlinie (*Capital Requirements Directive, CRD V*) werden die beiden Puffer additiv; während bis dahin nur der jeweils höhere der beiden Puffer zur Anwendung gelangt. Aufgrund der hohen Unsicherheit hat sich das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) daher in seiner 24. Sitzung vom 15. Juni 2020 dafür ausgesprochen, dass es bis Ende 2022 nicht bloß aufgrund der rechtlichen Änderungen zu einer effektiven Puffererhöhung kommen soll. Die Pufferhöhen hängen daher vom weiteren Pandemieverlauf ab. Dies entspricht auch dem – für die makroprudenzielle Aufsicht wesentlichen – Kriterium der Planungssicherheit für Banken.
- Der Rückblick auf die bisherige Pandemie zeigt, dass der österreichische Bankensektor auch aufgrund der makroprudenziellen Kapitalpuffer und der damit einhergehenden verbesserten Ratings und entsprechenden Refinanzierungskostenvorteils gut durch die Krise gekommen ist.

Steigende Systemrisiken aus der Wohnimmobilienfinanzierung erfordern erhöhte Wachsamkeit der makroprudenziellen Aufsicht

- Die OeNB hat in der Vergangenheit bereits verstärkt auf die Bedeutung der Einhaltung nachhaltiger Kreditvergabestandards in der Immobilienfinanzierung hingewiesen und vor

potenziellen negativen Folgen für die Finanzmarktstabilität gewarnt. Dem hat sich auch das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) angeschlossen und bereits 2018 eine Empfehlung für nachhaltige Kreditvergabestandards kommuniziert. Diese beinhaltet, dass Kreditnehmer in der Regel mindestens 20% an eigenen finanziellen Mitteln in eine Immobilienfinanzierung einbringen sollten, der Schuldendienst nicht höher als 30% bis 40% des Haushaltsnettoeinkommens und Laufzeiten nur in Ausnahmefällen länger als 35 Jahre sein sollten.

- Vor dem Hintergrund eines anhaltend robusten Kreditwachstums, stetig steigender Immobilienpreise und extrem niedrigen Kreditzinsen zeigte die Analyse der OeNB steigende Risiken aus der privaten Wohnimmobilienfinanzierung auf und wies auf die Notwendigkeit der Einhaltung nachhaltiger Kreditvergabestandards zur Wahrung der Finanzmarktstabilität hin. Die Entwicklung wichtiger Kennzahlen zu Vergabestandards seitdem zeigt, dass sich das Risikoprofil in der Neukreditvergabe nicht verbessert hat und es im aktuell weiterhin sehr dynamischen Immobilienmarktumfeld Finanzmarktstabilitätsrisiken im Fokus behalten werden müssen.
- Die OeNB evaluiert regelmäßig die systemischen Risiken aus der Wohnimmobilienfinanzierung, seit 2020 mithilfe einer neuen Vollerhebung im Rahmen des regulären aufsichtlichen Meldewesens für Banken. Erste Auswertungen ergeben, dass sich die bisherigen Trends fortsetzen und Risiken weiter steigen. Dies zeigt sich insbesondere in einem Schuldendienst, der bei rund 1/5 der neu vergebenen Kredite höher als die vom FMSG kommunizierten 40% des Haushaltsnettoeinkommens ist, sowie der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der neu vergebenen Kredite Eigenmittelanteile unter 20% aufweist. Nicht-nachhaltige Kennzahlen können sich aufgrund der dynamischen Neukreditvergabe schnell auf die Qualität des Kreditbestandes insgesamt auswirken. Daher ist eine genaue Beobachtung der Risikosituation notwendig, um rechtzeitig gegensteuern zu können. Die OeNB wird die Entwicklung am Wohnimmobilienmarkt im Jahr 2021 in Hinblick auf ihre Rückwirkung auf die Finanzmarktstabilität weiterhin genau und zeitnah analysieren und ihre Ergebnisse für das FMSG aufbereiten.

Zur Sicherung der Finanzmarktstabilität in diesen herausfordernden Zeiten empfiehlt die OeNB den österreichischen Banken:

- das Augenmerk auf eine solide Kapitalbasis zu legen, d.h. in Übereinstimmung mit europäischen Empfehlungen Abstand von Aktienrückkäufen zu nehmen und Gewinnausschüttungen sorgfältig abzuwägen,
- sich auf das Auslaufen von Zahlungsmoratorien und staatlichen Garantien für Kredite vorzubereiten und die Transparenz bezüglich der Qualität ihres Kreditportfolios sicherzustellen,
- nachhaltige Kreditvergabestandards einzuhalten, insbesondere bei Wohnimmobilienkrediten gemäß der quantitativen Leitlinie des FMSG,
- auch in herausfordernden Zeiten die Effizienz weiter zu steigern, um eine nachhaltige Profitabilität zu sichern, und
- geeignete Strategien zum Umgang mit Herausforderungen aufgrund neuer Informationstechnologien und des Klimawandels zu entwickeln und umzusetzen.

III. Entwicklungen im baren und unbaren Zahlungsverkehr

Kumulierte Aus- und Einlieferungen von Bargeld durch die OeNB/GSA

- In den Wochen nach dem ersten Lockdown (16. März bis 30. April 2020) ist die Nachfrage nach Bargeld, insbesondere nach den hohen Denominationen stark gestiegen. Das zeigt, dass Menschen besonders in unsicheren Zeiten dem Euro-Bargeld vertrauen. Danach war ein Rückgang der Bargeldaktivitäten (sowohl bei den Ein- als auch bei den Auslieferungen) festzustellen, was insbesondere auf den Rückgang des privaten Konsums im Handel zurückzuführen ist.
- Das Jahr 2021 startete aufgrund der unterschiedlichen Lockdown-Phasen unter dem Niveau der vergangenen zwei Jahre. Bei keinen der späteren Lockdown-Phasen („Lockdown Light“ 3. November bis 16. November 2020, 2. Lockdown 17. November bis 6. Dezember 2020, 3. Lockdown 26. Dezember 2020 bis 7. Februar 2021, Ost-Lockdown 1. April bis 2. Mai 2021) kam es jedoch zu erhöhten Bargeldauslieferungen wie vor dem 1. Lockdown. Offenbar ist die Verunsicherung in der Bevölkerung einer moderateren Erwartungshaltung gewichen.
- Mit Öffnung der Gastronomie zeigt sich nun wieder eine größere Dynamik im Bargeldkreislauf. So liegen die kumulierten Banknoteneinlieferungen Ende Mai 2021 wieder fast auf dem Niveau von 2020 – nämlich bei 21 Mrd EUR (im Vergleich zu 23 Mrd EUR im Jahr 2020 und 33 Mrd EUR im Jahr 2019).
- Bargeldeinlieferungen sind ein guter Indikator für den Konsum: Wenn Händler oder Banken Bargeldzahlungen erhalten, werden diese über die Wertetransporteure in die OeNB/GSA geliefert. Wir gehen daher davon aus, dass die Summe an eingeliefertem Bargeld deutlich mit den Konsumausgaben korrelieren.

Unbaren Zahlungsverkehr gewinnt an Bedeutung

- Die Pandemie löste eine substanzielle Veränderung im Bezahlverhalten der Bevölkerung aus. Obwohl sich nach der Wiedereröffnung des Handels, der Gastronomie und des Tourismus die Bargeldauslieferungen kurzfristig erholt haben, gehen wir davon aus, dass langfristig der Anteil des Bargeldbezahls in den nächsten Jahren zwischen 25% und 75% sinken könnte.
- Diese Entwicklung geht zum einen Hand-in-Hand mit der Erhöhung der NFC-Grenzen im stationären Handel und zum anderem mit dem signifikanten Wachstum des E(lectronic)- und M(obile)-Commerce. Letzterer stieg während der Pandemie um +17% zum Vorjahr und verdoppelte sein Einkaufsvolumen auf ca. 1,2 Mrd EUR.
- Die größten Gewinner neben der NFC (83% aller Debitkartentransaktionen im Handel sind NFC) sind BigTech und FinTech-Lösungen wie Paypal und Klarna, die durch einfache Nutzung, Käuferschutz und attraktives Pricing den Kunden für sich gewonnen haben.
- Erst 2021 startete mit JöGo die erste österreichische Alternative und führte am Markt die JöGo Wallet ein. Bei JöGo handelt sich um eine Zahlungsart des Jö-Bonusclub in Kooperation mit BlueCode.
- Die OeNB sieht diese Entwicklung kritisch, da zum einen der Anteil der nicht- oder teil-regulierten Anbieter am elektronischen Zahlungsvolumen signifikant steigt und zum anderen der Zahlungsverkehr ein wichtiger Marktstabilitätsfaktor ist.

- Daher unterstützt die OeNB die Einführung von Echtzeitzahlungen (Instant Payments), sowie weitere europäischen Zahlungsverkehr-Initiativen.

Europäische Zahlungsverkehrsinitiative (EPI European Payments Initiative) wird nun auch in Österreich geprüft

- Die OeNB trat im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung mit den Geschäftsbanken am 26. April 2021 als Vermittlerin auf und räumte der EPI Interims Company die Möglichkeit ein, das Projekt sowie Vorteile und Kosten von EPI für den österreichischen Markt zu skizzieren. Konsumenten und Händler sollen zwischen Debit- und Kreditkarten sowie einer Wallet-Lösung von EPI wählen können, wobei das letztere sich als Konkurrenzprodukt zu Paypal & Co etablieren und 100% auf Instant Payments aufbauen soll.
- EPIs Hauptargumente waren:
 - Veränderung der regulatorischen Rahmenbedingungen – Interchange Fees / Insbesondere die Abwicklung von länderübergreifenden Zahlungen in Europa über nicht-europäische – vor allem US-amerikanische Infrastruktur – ist für Europa langfristig nicht akzeptabel.
 - Scheme fees (Abwicklungsgebühren) für Transaktionen im europäischen Zahlungsverkehr dürfen nicht unterschiedliche Preise aufweisen.
 - Die aktuelle oligopolistische Wettbewerbslandschaft aus US-Kartenanbietern einerseits und eWallets-Dienstleister andererseits macht es einzelnen Banken extrem schwer konkurrenzfähig zu sein. Die Folge könnte sein, dass europäische Banken im europäischen Zahlungsverkehr keine oder eine geringe Rolle spielen werden.
- Bevor die österreichischen Banken – einzeln oder gemeinsam – eine endgültige Entscheidung über die Teilnahme an EPI treffen, müssen weitere Punkte geklärt werden, wie z.B. die Rolle und Position des Handels bzw. Fördermöglichkeiten.
- Eine erste Förderungsmöglichkeit wurde im Rahmen der *European Recovery Resilience Facility* in Österreich von 50 Mio EUR identifiziert. Der Antrag zur Förderung der Umstellungskosten von Terminal-Updates, Marketing-Kosten, Entwicklung neuer Services usw. hat noch keinen Zuspruch bekommen, allerdings befindet sich das Österreich-Paket momentan im Abstimmungsverfahren mit der EU-Kommission.
- Weiters bemüht sich EPI auf EU-Ebene um die Zuerkennung des Status als *Important Project of Common European Interest (IPCEI)*. IPCEIs sind Projekte, die aufgrund ihrer positiven Spillover-Effekte auf den Binnenmarkt und die europäische Gesellschaft einen insgesamt sehr wichtigen Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und Wirtschaft leisten können. Wissen, Know-how, finanzielle Mittel und Wirtschaftsbeteiligte aus der gesamten Union können/sollen zusammengeführt werden, um schwerwiegende Marktstörungen oder systemische Ausfälle zu beheben und gesellschaftliche Herausforderungen anzugehen, die ansonsten nicht gelöst werden könnten. Eine Entscheidung hierzu ist noch nicht gefallen.

Eurosystem evaluiert Ausgabe eines digitalen Euro

- Zusätzlich zu den Entwicklungen der herkömmlichen elektronischen Bezahlformen im Giralgeld (Instant Payments, Europäischen Kartenformate, etc.), evaluieren weltweit Zentralbanken die Bereitstellung von Zentralbankgeld in digitaler Form.
- Der digitale Euro würde garantieren, dass alle Bürger und Unternehmen weiterhin einen Zugang zu einem einfachen, allgemein akzeptierten, sicheren und vertrauenswürdigen Zahlungsmittel haben. Der digitale Euro würde zusätzlich zu Bargeld angeboten werden. Innerhalb von zwei Jahren sollen Design, Funktionalität, Distributionskanäle und die Kosten

für den digitalen Euro feststehen. Erst dann wird eine finale Entscheidung zur Ausgabe des digitalen Euro getroffen.

- Die OeNB möchte die mögliche Auswirkung des digitalen Euro in Österreich auf bestimmte Wirtschaftsbereiche wie z. B. den Tourismus näher beleuchten und wird sich daher diesem Thema im Rahmen des „OeNB Barometers“ (Umfrage in der österreichischen Bevölkerung) widmen.